

DIE LINKE. Niedersachsen hat dem Themenbereich Kulturpolitik ein eigenes Kapitel gewidmet. Neben dem eigentlichen kulturpolitischen Forderungen setzen wir uns für eine auskömmliche und sozial gerechte Grundsicherung aller Einwohner*innen ein. Unsere Partei steht für die Überwindung des Hartz-IV-Systems. Es soll durch eine umfassende Bürgerversicherung überwunden werden und soll auch Kulturschaffenden in besonderen Lebenslagen unterstützen.

DIE LINKE geht dabei von einem umfassenden Kulturbegriff aus. Unser Ziel ist, dass Kultur offen und vielfältig ist und dass alle Menschen sie in dieser Vielfalt gestalten und erleben können. Niemand darf vom Zugang zu Kultur ausgegrenzt sein, weil sie oder er ein geringes Einkommen hat oder auf dem Land wohnt. Wir wollen, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene Kultur selbst gestalten können und treten deshalb für offene und selbstverwaltete Förderstrukturen ein.

Neben den großen Landeseinrichtungen, Opern, Theatern und Museen gibt es viel mehr und auch neue Ausprägungen von Kultur. Freie Theater, kleine Kinos, Clubs, Festivals, Soziokultur und kulturelle (Jugend-)Bildung fallen zu oft unter den Tisch, obwohl hier mit vergleichsweise wenig Geld viel erreicht werden könnte. Eine lebendige Kulturszene ist Ausdruck für eine lebendige Gesellschaft. Kultur schafft Innovation. Sie ist ein Labor für gesellschaftlichen Fortschritt.

Kulturell Tätige sind oft schlecht bezahlt und unzureichend abgesichert. Seit 2018 wurden die Vergütungen nicht erhöht. Und viele kulturelle Angebote sind nicht bezahlbar für die vielen Menschen mit niedrigen Einkommen oder für Hartz IV-Beziehende. Kultur darf nichts Elitäres sein, dass sich nur ein Teil der Menschen leisten kann und von dem viele ausgegrenzt sind.

In der Corona-Krise hat besonders das kulturelle Leben gelitten. Betroffen sind die Kunstschaffenden. Solo-Selbständige und Kleinstunternehmer*innen leben am Rande ihrer Existenz. Die finanziellen Folgen der Corona-Krise gefährden auch kulturelle Einrichtungen, weil die Regierenden hier Sparpotentiale sehen. Die Spielstätten-Förderung für die freien Theater ist immer noch nicht gesichert. Projekte der freien Kulturszene, aber zunehmend auch etablierte Einrichtungen, kämpfen um ihr Überleben. Kulturelle Einrichtungen leiden zunehmend unter einem an die Substanz gehenden Investitionsstau. Theater und Orchester benötigen Planungssicherheit durch langfristig angelegte verbindliche Förderverträge. Niedersachsen liegt bei der Kulturförderung im bundesweiten Vergleich an drittletzter Stelle. Kulturminister Thümmler hat ein Kulturfördergesetz eingebracht, das so unkonkret ist, dass es auch wegbleiben könnte.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- die Aufstockung der Kulturförderung, einschließlich der Mittel der Kommunen, mindestens auf das Durchschnittsmaß aller Bundesländer
- eine niedersächsische Kulturagentur, die Kunstschaffenden und Kulturprojekten Managementservices, Projektunterstützung und Informationen über landeseigene Projekte gibt

- ein spezielles Landesprogramm zur Unterstützung von Kunstschaffenden, die unter der Corona-Krise gelitten haben
- freien oder mindestens stark ermäßigten Eintritt in kulturellen Landeseinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Finanzschwache
- die Ausweitung von theater, musik-, museums- und medienpädagogischem Angebot, insbesondere in den ländlichen Regionen
- den Ausbau der Kinder und Jugendtheater
- Barrierefreiheit und inklusive Angebote in Kultureinrichtungen, was nur mit ausreichendem Personal möglich ist
- die Absicherung kultureller Einrichtungen auf kommunaler Ebene durch ausreichende Landeszuschüsse
- die Förderung von Kulturentwicklungsplanung auf kommunaler Ebene
- die gezielte Förderung und Bereitstellung von Kulturflächen
- Förderprogramme zu Begegnungsstätten, -räumen und Orten des Austauschs
- Kulturinitiativen von migrantischen Gruppen, die wir als wertvollen Beitrag zu kultureller Vielfalt und gesellschaftlicher Integration unterstützen werden, ebenso wie die Förderung von antirassistischer, feministischer, antifaschistischer und kritischer Kulturarbeit
- eine Stärkung von Kultur und Kulturfinanzberatung in der Fläche sowie, Kulturfinanzierung und Fördermöglichkeiten transparent zu machen und tendenziell Fördermittel von Image- zu Basisprojekten umschichten
- eine zuverlässige institutionelle Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur, Förderung unabhängiger Kulturinitiativen, auch PopMusik und Graswurzelkultur.
- die Definition von Klubs als Kulturstätten im Baurecht
- die Novellierung des Landesmediengesetzes mit dem Ziel, unabhängige Einrichtungen wie Lokalsender und offene Kanäle zu schützen und weiter auszubauen
- eine stärkere Unterstützung von Initiativen für Bürgerrundfunk.
- die Mitbestimmung der Beschäftigten bei der Auswahl der Intendanz
- die Anschubung einer Bundesratsinitiative für eine bessere soziale Absicherung von Kunstschaffenden und die Aufnahme der Arbeitslosenversicherung in die Künstlersozialkasse
- rechtlich abgesicherte unbefristete Arbeitsverträge für Kunstschaffende mit einer Bezahlung, die den jeweiligen Qualifikationen angemessen ist statt befristeter Kettenverträge